**Aus dem Inhalt:** Kommunistischer Jugendverband aufgelöst — Verteilte Rollen — Zur Bundespräsidentenwahl — Bedrohung Sowjetrusslands — Englischer Krach — Gewerkschaftskongress — Stalins Rolle in der Februarrevolution

Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

# Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

(OPPOSITION)

10 Nummern S 1·50 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119471

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10. Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen — Oktober 1931 — 5. Jahrgang, Nr. 85

## Kommunistischer Jugendverband aufgelöst!

Durch eine Verfügung des Innenministers wurde der Kommunistische Jugendverband aufgelöst mit einer Begründung, deren Nichtigkeit sich sofort ergibt, wenn man dem gegenüber hält, daß die waffenklirrende, putschende Heimwehr nicht angetastet wird. Der Hauptzweck ist, jede noch so schwache Kraft, die der Hungersanierung Schwierigkeiten bereitet — die Jugend, die unter der Not besonders leidet, ist der aktivste Teil der Massen im Kampf gegen die Hungersanierung, die kommunistische Jugend voran — niederzuhalten. Dazu gehört auch der zweite Zweck: der Sozialdemokratie, die an der bürgerlichen Sanierung mithilft, die linke Flanke zu decken, sie vor der Abbröckelung unzufriedener Arbeiterelemente möglichst zu bewahren. Aber die Maßregel wird und muß die entgegengesetzte Richtung haben: Arbeiter! Jungarbeiter! Stärkt die kommunistische Jugendbewegung! Stärkt die Kommunistische Partei!

### Ausschluß der sozialdemokratischen Linksopposition.

In der SPD. hat sich eine Linksopposition gebildet, deren Zweck es ist, die Arbeiter, die mit der sozialdemokratischen Politik unzufrieden sind, aufzufangen und der Sozialdemokratie zu erhalten. Selbstverständlich muß sie so tun, als ob sie die SP. ernstlich auf die Linie proletarischer Klassenpolitik führen wolle. Die SPD. verträgt in dieser Richtung nicht einmal mehr einen Scheinversuch, denn sie will regierungsfähig bleiben. Die Linie der Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse ist grundsätzlich unvereinbar mit der proletarischen Klassenpolitik. Also mußte und muß jeder Versuch einer proletarischen Reform der SP. scheitern.

# Zur Bundespräsidentenwahl

## Offener Brief an die Mitglieder der Kommunistischen Partei

Werte Genossen!

Am 18. Oktober ist die Bundespräsidentenwahl. Mit Recht hat die Partei beschlossen, ihre Kandidatur aufzustellen, um diese Wahl auszunützen zur gründlichen Aufklärung der Massen über die wahren Ursachen und die wahren Schuldigen der Krise, zur Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Hunger, Not und um aufzurollen vor den Massen die Frage des Ausweges aus der heutigen Lage, die Frage des Kommunismus. Gleich vorweg haben wir bereits vor Wochen unterstrichen, daß wir über alle Differenzen hinweg und bei Aufrechterhaltung unserer Kritik an der stalinistischen Linie die Kandidatur der Partei mit aller Kraft unterstützen werden.

Die Wahl am 18. Oktober wird keine Entscheidung bringen. Diese wird erst in der Stichwahl fallen. Es besteht die Gefahr, daß die Parteileitung den taktischen Fehler, den sie wiederholt begangen, auch hier wiederholt. Der Zeitraum zwischen Wahl und Stichwahl ist so kurz, daß es notwendig ist, die taktische Frage, die sich da aufrollen wird, jetzt schon vor das Bewußtsein eines jeden Parteimitgliedes zu stellen. So wird die Parteimitgliedschaft die Möglichkeit haben, rechtzeitig ihren Einfluß in der Partei geltend zu machen, um die stalinistische Ueberrumpelung, vor allem aber den taktischen Fehler selbst zu verhüten, zu dem die Stalinpolitik die Partei zu führen wieder im Begriffe ist.

Auf dem Wege zur Bundespräsidentenwahl, ausgehend von dem grundfalschen Ausgangspunkt der Theorie des Sozialfaschismus, bereitet die Stalinbureaukratie ihre falsche Taktik vor durch zwei falsche Thesen:

Erstens durch die These der Belanglosigkeit des Unterschiedes zwischen Renner, Seipel, oder Schober (siehe «Rote Fahne» vom 30. August). Indes ist dieser «belanglose» Unterschied um nichts kleiner als der Unterschied zwischen Kleinbürgertum und Bourgeoisie.

Zweitens durch die These von der Ablehnung des Schutzes der Ausbeuterrepublick (siehe «Rote Fahne» vom 16. September). Wenn sozialdemokratische Arbeiter, die den Weg zur Kommunistischen Partei finden, so urteilen, so ist das falsch, aber begreiflich als Reaktion gegen den Opportunismus, mit dem sie brechen. Wenn aber die stalinistische Führung der Kommunistischen Partei zu solchen ultralinken Abweichungen schweigt, wenn sie sich durch ihr Schweigen damit identifiziert, und das zu einer Zeit, da der blindeste Arbeiter sieht, daß hinter der faschistischen Maske verborgen die monarchistische Konterrevolution den nächsten Staatsstreich verkündigt, so ist das ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, an der proletarischen Revolution, an der Kommunistischen Partei.

Wer nicht begreift, daß die Arbeiterschaft die republikanische Staatsform gegen die monarchistische Konterrevolution verteidigen muß, der kann die Arbeiter den Weg nicht führen, den die russischen Brüder gegangen sind. Die Monarchie verhüllt die Klassenverhältnisse, erst in der Republik wird es vollkommen klar, daß der wirkliche Feind die Kapitalistenklasse, erst in der Republik wird die Mobilisierung der wirklich großen Massen für die proletarische Revolution möglich. Die Republik ist der für die Arbeiterklasse günstigere Kampfboden, darum verteidigen die Arbeiter, verteidigen die Kommunisten die Republik gegen den monarchistischen Ansturm, mag er offen auftreten oder verhüllt im faschistischen Kleid.

Die Bundespräsidentenwahl ist eine Etappe des Kampfes um die Behauptung der Republik gegen die monarchistische Gegenrevolution. Das fühlen, sehen, erkennen die Massen. Wer in die Bundespräsidentenwahl tritt, muß diese grundlegende Tatsache kennen, sofern es ihm wirklich ernst ist, die Massen zu mobilisieren zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Hunger und Not in der Richtung zum Kommunismus.

In der kommenden Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Bourgeoisie und dem Kandidaten des Kleinbürgertums, das ist der Sozialdemokratie, wäre es bei der ge-

(Fortsetzung Seite 2, Spalte 4.)

# Bedrohung Sowjetrusslands

## Annexion der Mandschurei durch Japan
## Französisch-deutsches Wirtschaftsabkommen

Japan hat die Mandschurei militärisch besetzt, annektiert und will diese Annexion unter der Form einer «selbständigen Mandschurei» stabilisieren. Amerika hat gleich im Anfang erklärt, daß die japanische Gewaltaktion dem Kriegsächtungspakt nicht widerspreche. Frankreich und England rühren nicht die Hand, das zeigt deutlich das Verhalten ihres «Völkerbundes». Amerika, Frankreich, England sind also nicht gegen die japanische Aktion. Sehr wahrscheinlich handelt der japanische Imperialismus mit ihrer geheimen Zustimmung. Alles pazifistische Gerede der kapitalistischen Blätter Amerikas, Englands, Frankreichs ist nur betrügerisches Geflunker, um die Massen über die wirkliche Rolle zu täuschen, die dabei die amerikanischen, französischen und englischen Banditen spielen. Japan, England, Frankreich spielen unter einer Decke. Die japanischen Räuber werden vorgeschickt, um Rußland zu provozieren.

Das Wirtschaftsabkommen, das die französischen und deutschen Kapitalisten auf dem Rücken des Proletariats abzuschließen im Begriffe sind, soll die Westorientierung Deutschlands festlegen, Deutschland von der Sowjetunion loslösen, um diese vollkommen zu isolieren. Die Sozialdemokratie unterstützt diese Politik der «Verständigung mit Frankreich», während sie zugleich, um die Arbeiter zu täuschen, Sympathie für Sowjetrußland heuchelt.

Der Weltbourgeoisie kann mit Hilfe der Sozialdemokratie die Sowjetunion von den kapitalistischen Staaten isolieren. Was sie aber nicht kann, das ist die Sowjetmacht isolieren von den arbeitenden, ausgebeuteten Millionenmassen der Welt.

Die Gefahr des Ueberfalles auf die Sowjetunion wächst. Jeder Arbeiter, jeder Ausgebeutete muß sich dessen bewußt sein, daß er mit der Sowjetunion sich selbst verteidigt, sein Leben, seine Zukunft.

Je größer die Gefahr, desto dringender die Abkehr von der nationalistisch orientierten Politik Stalins zu der internationalen revolutionären Politik Lenins, die allein imstande ist, die Millionenmassen der Ausgebeuteten zur Verteidigung der Sowjetmacht wirklich zu mobilisieren.

# Verteilte Rollen

Millionen Schillinge österreichischer Kapitalisten lagen in der Amstelbank. Und in allen Banken in der Schweiz, in Holland, Norwegen, Schweden, Dänemark, England, Frankreich, Amerika hatten und haben die österreichischen Kapitalisten zehnmal, hundertmal mehr liegen, als in der Amstelbank. Und das Vielfache von dem, was sie im Ausland versteckt haben, haben die österreichischen Kapitalisten in Oesterreich selbst. Es gab und gibt Mittel und Wege genug, mit eiserner Hand diesen kapitalistischen Reichtum zu packen, nicht nur um das Staatsbudget zu decken, sondern darüber hinaus, um große Investitionsarbeiten in Gang zu setzen, um Arbeit und Brot den Massen zu schaffen.

Millionen wurden den Kapitalisten an Steuern nachgelassen. Millionen wurden den Kapitalisten in Form aller möglichen «Notopfer» geschenkt. Alles aus den Taschen der Massen. Aber bei keiner Sanierung noch hat man die schwerreicher Kapitalisten wirklich gepackt.

230 Millionen Schilling werden «gespart» — an den Massen. Und 200 Millionen werden mittels Steuern herausgepreßt — aus den Massen. Alle, alle haben zu zahlen: die Arbeitslosen, auch die Ausgesteuerten — denn auch diese werden von den Massensteuern getroffen — die beschäftigten Arbeiter und Angestellten, auch die öffentlichen Arbeiter und Angestellten. Alle, alle haben zu zahlen, die von der Hand zum Mund leben und selbst die, die nur mehr von der Luft leben, die Ausgesteuerten. Nur die nicht, die den Sack voll haben, die Kapitalisten. Der Geldsack der Kapitalisten ist das Rührmichnichtan[illegible] dem Wesen nach [illegible] den[illegible]

Ja, auch die Sozialdemokratie ist mit den bürgerlichen Parteien dem Wesen nach einig darin, daß der kapitalistische Geldsack nicht angetastet werden darf. Um die «Konkurrenzfähigkeit» der österreichischen «Wirtschaft» zu wahren. Um den Weg zur kapitalistisch-sozialdemokratischen Koalitionsregierung offen zu halten.

Drei Mittel wendet die Sozialdemokratie an, um die Massen darüber zu täuschen.

Da wird herumgeflunkert von höheren Sätzen auf die hohen Einkommen bei der Krisensteuer. Doppelter Schwindel: erstens wissen sich alle Kapitalisten durch unrichtige Bekenntnis von der Einkommensteuer zum Großteil zu drücken; zweitens ist das, was ihnen dennoch mit der Krisensteuer abgenommen wird, ein Hohn im Verhältnis zu der Last der Masse.

Demselben Zweck dient die Redeschlacht über den Heimwehrputsch. Alles Gerede ändert nichts an diesen Dingen, wenn nicht der außerparlamentarische Massenkampf Hand in Hand damit ernstlich mobilisiert wird. Ausdrücklich hat die Sozialdemokratie erklärt — sowohl in der Frage der Heimwehr, als in der Fr[illegible]

Sanierung —, daß sie alles «im Parlament» tun wird, um die Massen zu schützen. Kein Wort von außerparlamentarischer Massenaktion und erst recht keine außerparlamentarische Tat.

Raffiniert werden die arbeitslosen Arbeiter gegen die beschäftigten Arbeiter ausgespielt, um der Gesamtarbeiterschaft die Massenhungersanierung aufzuzwingen. Statt den Arbeitslosen zu helfen auf Kosten der Kapitalisten, hilft die Sozialdemokratie der Bourgeoisie, den kapitalistischen Geldsack aus dem Spiele zu lassen und unter der heuchlerischen Losung «gerechte Verteilung der Lasten» die gesamten Massen auszuplündern!

«Zusammenwirken aller Kräfte zum wirtschaftlichen Aufbau», das ist die Zentrallosung der Sozialdemokratie. Nur wer ihre Politik von diesem Standpunkt aus durchleuchtet, durchblickt sie in allen Verästelungen und Manövern.

Die Bourgeoisie ist keineswegs gegen das «Zusammenwirken aller Kräfte». Solange die Sozialdemokratie alles, was die Kapitalistenklasse braucht, im großen und ganzen liefert, ist dieser Weg der Bourgeoisie lieber als das gewagte Risiko des faschistischen Staatsstreiches und der Faschismus dient als Druckmittel, den sozialdemokratischen Lakaien zur größtmöglichen Gefügigkeit zu pressen. Und der sozialdemokratische Lakai ist gern gefügig. Er wünscht nur da und dort Konzessiönchen, um die Massen zu täuschen, hinter sich zu halten, diese Massen, ohne die die Sozialdemokratie dem Kapitalismus die Lakaiendienste nicht erfüllen könnte. Das verstehen die kapitalistischen Herren durchaus und richten ihre Taktik darnach. Schwillt unter dem Drucke der kapitalistischen Sanierung der Massengroll derart, daß er sie ernstlich gefährdet, dann wird der sozialdemokratische Lakai aus der versteckten in die offene Zusammenarbeit gezogen, in die Koalitionsregierung, um die Massen einzulullen und der Bourgeoisie wieder über die kritischeste Zeit zu helfen wie 1918/20. Ziel der Bourgeoisie bleibt dennoch die faschistische Diktatur. Auf der Höhe der Staatsmacht wird und muß sich die Sozialdemokratie vor den Massen restlos kompromittieren. Im Lichte ihrer Regierungstaten werden die sozialdemokratischen Nebel zergehen. Bis die Massen der Sozialdemokratie den Rücken kehren, bis die Lakaienrolle der Sozialdemokratie ausgespielt, dann drückt die ganze Bourgeoisie auf die faschistische Taste.

Der Hungerfeldzug der zweiten Genfer Sanierung ist ein Spiel mit verteilten Rollen zwischen den Parteien des Bürgertums und der Partei des Kleinbürgertums, der Sozialdemokratie, der so viele Arbeiter folgen, weil sie sie irrig für eine Arbeiterpartei halten.

Die Massen müssen sich w e h r e n. Unter der Führung der Sozialdemokratie ist das unmöglich, denn nur mit Hilfe der Sozialdemokratie kommt die Hungersanierung zustande.

Nur M a s s e n k a m p f kann helfen. Das stellt die Massen vor die Frage der Führung, vor die entscheidende Frage der P a r t e i. Der Ausschluß der sozialdemokratischen Linksopposition zeigt, daß eine p r o l e t a r i s c h e Reform der sozialdemokratischen Partei vollkommen a u s g e s c h l o s s e n ist. Der einzige Weg zur Schaffung der proletarischen Klassenpartei führt über die G e s u n d u n g der Kommunistischen Partei. Gewiß, die Politik der Kommunistischen Partei bewegt sich auf einer falschen Linie. Die Taktik beim Volksbegehren in Deutschland hat dies in krassester Weise gezeigt. Die Arbeiter müssen der Kommunistischen Partei helfen ihre falsche politische Linie zu überwinden und zurückzukehren zur internationalen revolutionären Realpolitik Lenins. Es gibt keinen anderen Weg als diesen, die Wendung für die Arbeiterklasse herbeizuführen.

---

**Zu merken:**

«Unsere Genossen Heinz und Geißler sollen d i e l e t z t e n T o t e n der Reaktion sein» heißt es in der «Arbeiter-Zeitung» vom 17. September. Das hat die Sozialdemokratie schon oft gesagt und — nichts getan. Dennoch ist es gut, wenn sich die Arbeiter diese sozialdemokratischen Worte gut merken.

# Beschlagnahme der Arbeiter-Stimme

Nr. 84 der «Arbeiter-Stimme» wurde wegen des Leitartikels beschlagnahmt und die Strafverfolgung wegen Aufwiegelei gegen sie eingeleitet. Der Leitartikel sprach in jedem Satz die Wahrheit, was die seitherigen Ereignisse noch viel deutlicher erhärtet haben. Die Staatsanwaltschaft wird Gelegenheit haben, ihre Anklage vor dem Schwurgericht zu vertreten. Selbstverständlich hat die Beschlagnahme dem Blatt materiellen Schaden zugefügt. Umsomehr müssen alle Genossen helfen, die Verbreitung der «Arbeiter-Stimme» zu steigern.

# Der englische Krach

Der Plan der englischen Bourgeoisie, durch einen direkten Angriff auf Löhne und Arbeitslosenunterstützung die Ueberwindung der englischen Krise in die Wege zu leiten, scheiterte an der Meuterei der Flotte.

Die englischen Kapitalisten entschlossen sich daher, den Angriff in indirekter Weise durchzuführen. Sie haben die Barzahlung eingestellt. Die englischen Noten müssen nicht mehr in Gold eingelöst werden und können über die Golddeckung hinaus gedruckt werden.

Gewiß haben objektive Ursachen in diese Richtung gedrückt. Unter dem Einfluß der Krise sank die englische Ausfuhr, sanken die großen Einnahmen aus der Schiffahrt, sanken die großen Zinseneinkünfte aus den Anleihen, die die englische Bourgeoisie dem Ausland geliehen hat, Brasilien, Uruguay, Chile haben die Zahlung der Anleihezinsen eingestellt. Dies und manches andere hat die Zahlungsbilanz Englands fortschreitend verschlechtert. England mußte immer mehr ans Ausland zahlen, während es immer weniger Zahlungen aus dem Ausland erhielt. Allein die englische Zahlungsbilanz blieb dabei doch immer aktiv. Vor allem aber hat die englische Bourgeoisie so ungeheure Reserven, daß sie spielend in der Lage gewesen wäre, Stand zu halten. Sie hat die Barzahlung der Noten aufgehoben, nicht weil dies sein m u ß t e, sondern weil sie w o l l t e.

Sie wendete dieses Kampfmittel an, um die L ö h n e in dieser indirekten, den arbeitenden Massen Englands noch unbekannten Weise gewaltig zu s e n k e n. In einer Weise, die als allgemeines, durch das Ausland herbeigeführtes Unglück erscheint und nicht als Folge der Aktion der englischen Ausbeuter.

Die Löhne der englischen Arbeiter werden so doppelt gedrückt. Einmal wird der Geldwert der Geldlöhne gedrückt. Gleichzeitig werden aber die P r e i s e a l l e r L e b e n s m i t t e l h i n a u f g e s c h r a u b t und so der Realwert der Geldlöhne, der R e a l l ö h n e, n o c h t i e f e r g e d r ü c k t.

Auf diese Weise werden die Produktionskosten gesenkt. Die englischen Industriekapitalisten schicken sich an, auf Kosten der englischen Arbeiter mit billigeren Preisen vergrößertes Absatzgebiet zu gewinnen. Das wird die Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die Krise in den anderen Ländern verschärfen.

Die englische Bourgeoisie wendet dieses Kampfmittel an, um ihre Schulden ans Ausland zu verringern. Denn diese sind zumeist in Pfundwährung zahlbar. Indem das Pfund bereits um 20 bis 30 Prozent gesunken ist, haben die englischen Kapitalisten ihre Auslandsverpflichtungen bereits um ein Drittel verringert und so viele Milliarden Schillinge «erspart».

Da es vor allem die Hauptgläubigerländer sind, Frankreich und Amerika, die große Forderungen gegen die englische Bourgeoisie haben, so werden dadurch nun auch F r a n k r e i c h und A m e r i k a verschärft in die Weltkrise gezogen. In Frankreich ist bereits die viertgrößte Bank zusammengebrochen, andere werden folgen. Auch in Amerika mehren sich die Bankbrüche. N o r w e g e n und S c h w e d e n haben die Barzahlung aufgehoben und auch H o l l a n d und die S c h w e i z werden immer mehr betroffen.

Die Weltkrise vertieft sich also und verschärft sich. Die sich immer mehrenden Zusammenbrüche von Unternehmungen und Banken sind das Ergebnis des immer heftiger werdenden Konkurrenzkampfes, worin die stärkeren Kapitalisten und Kapitalistengruppen national und international die schwächeren Glieder niederkonkurrieren, um, deren Markt aufsaugend, den Spielraum für sich als Siegerkapitalisten wieder für eine gewisse Zeit zu verlängern. Die Aufhebung der Barzahlung ist eines der Kampfmittel in diesem Konkurrenzkampf.

So groß diese Zusammenbrüche sind, sie sind an sich kein Zusammenbruch des Kapitalismus, sondern der einzige Weg, die Krise k a p i t a l i s t i s c h zu lösen. Wohl aber rufen diese Zusammenbrüche so gewaltige Erschütterungen hervor und verschärfen die Klassengegensätze und die nationalen Gegensätze derart, daß sich dadurch der proletarisch-revolutionären Massenaktion die größten Möglichkeiten erschließen. Niemals seit dem Kriegsende war die M ö g l i c h k e i t so nahe, den Sturz der kapitalistischen Herrschaft durchzuführen, und die Aufrichtung der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa! Es ist die grundfalsche Politik Stalins, es ist seine Politik des Nationalkommunismus, welche die Kommunistische Internationale, welche die kommunistischen Parteien hindert, diese Lage für die Arbeiterklasse, für die proletarische Revolution ernstlich auszunützen. Nur die Ueberwindung des Stalinismus, nur die Rückkehr der Kommunistischen Internationale und der kommunistischen Parteien zu Lenins Politik des i n t e r n a t i o n a l e n r e v o l u t i o n ä r e n R e a l i s m u s macht es möglich, die kapitalistische Weltkrise revolutionär auszunützen.

---

## „Arbeiterrepublick" Spanien

Durch die Firma «Arbeiterrepublik», später abgeändert in «Republik der Arbeit» und noch später in «Republik der Arbeiter aller Art» sucht die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition die Arbeiter über den kapitalistischen Charakter (die österreichische Sozialdemokratie hatte dafür das Schwindelwort «Volksrepublik» . . .) der spanischen Republik zu täuschen. Doch im Namen eben dieser Republik, im Auftrag eben dieser bürgerlich-sozialdemokratischen Regierung wird tagtäglich in die bald da bald dort streikenden Arbeiter geschossen, die gegen ihre Not rebellieren. Die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition hat für sie nichts als schöne Verfassungsphrasen und — blaue Bohnen. So lernen die spanischen Massen das kapitalistische Wesen der «Republik der Arbeit» kennen. Die Gärung in den Massen vertieft sich, immer schärfer prallen die Klassengegensätze gegeneinander, neue entscheidende Kämpfe stehen in Spanien bevor.

Unter dem Drucke der Linksopposition hat die stalinistische Politik ihrer bisher ultralinken Politik in Spanien entsagt und beginnt nun auch für die demokratischen Uebergangslosungen einzutreten. Ein erfreulicher Fortschritt. Seine Wirkungen werden aber wesentlich abgeschwächt dadurch, daß die Korrektur um des stalinschen Prestiges willen nicht offen vollzogen wird. Das erschwert den Massen das Verständnis und erschwert so der Kommunistischen Partei das Herankommen an die Massen.

---

**SP-Sprüchlein.**

«Ich bin felsenfest überzeugt, daß man die jetzige (kapitalistische) Wirtschaftsordnung weder von links noch von rechts ändern kann,» sagte Schorsch auf dem Gewerkschaftskongreß. Als ob die Herrschaften von rechts die kapitalistische Ordnung ändern wollten! Sie wollen sie behaupten gegen den Ansturm von links. Dieser Ausspruch, den Schorsch tat ohne Widerspruch zu finden, zeigt deutlich, daß die Sozialdemokratie ihnen dabei hilft.

## Zur Bundespräsidentenwahl

(Fortsetzung von Seite 1.)

gebenen Lage ein schwerer taktischer Fehler, die kommunistische Kandidatur aufrecht zu erhalten oder die Losung der Stimmenenthaltung zu geben. Das würden bei dieser Lage die Massen absolut nicht verstehen, das würde die Kluft zwischen den Massen und der Kommunistischen Partei erweitern und für längere Zeit der Kommunistischen Partei das Herankommen an die Massen erschweren.

Dahingegen, wenn die Kommunistische Partei in der Stichwahl, revolutionärer Realpolitik folgend, bei der gegebenen Lage die Losung gibt, einzutreten für die Kandidatur des Kleinbürgertums, das ist der Sozialdemokratie, so würde die Partei gerade dadurch die Möglichkeit gewinnen, die rücksichtslose Wahrheit über die Sozialdemokratie, über ihre Verratspolitik und über ihr verräterisches Wesen, wirklich tief in die breitesten Massen zu tragen und sie zu mobilisieren in der Richtung des Kampfes um die proletarischen Tagesforderungen, um die kommunistischen Losungen.

Es ist proletarische, es ist revolutionäre, es ist kommunistische Pflicht eines jeden Mitgliedes der Kommunistischen Partei, die stalinistische Führung zu zwingen, von ihrer falschen Taktik abzustehen und die hier vorgezeichnete Taktik zu betreten.

Sollte es den Anstrengungen der Parteimitglieder, diese Taktik zu erzwingen, nicht gelingen — da die Leninsche Parteidemokratie seit langen Jahren beseitigt ist, muß man mit dieser Gefahr ernstlich rechnen —, so werden wir, die Linksopposition, das ist die Kommunistische Partei Oesterreichs (O p p o s i t i o n), d e n n o c h d i e S t i c h w a h l p a r o l e d e r P a r t e i j e d e n f a l l s d u r c h f ü h r e n. Mit verzehnfachter Kraft jedoch werden wir dann zur R e c h e n s c h a f t ziehen vor den Kommunisten, vor der ganzen Arbeiterschaft die S c h u l d i g e n: die stalinistische Bureaukratie, die stalinistische Politik, den S t a l i n i s m u s.

Parteigenossen! Im Interesse der proletarischen Revolution, im Interesse der Kommunistischen Partei setzt Euch rechtzeitig ein, um die von der Linksopposition vorgeschlagene Taktik in der Partei zu erzwingen, diese Taktik, die führt zur Revolutionierung, zur revolutionären Mobilisierung der Massen.

Mit Kommunistischem Gruß!
Kommunistische Partei Oesterreichs
(O p p o s i t i o n).

## Das faschistische Eisenbahnattentat

Wir haben das ungarische Eisenbahnetat sofort als Werk der ungarischen Faschisten festgestellt. Das wird durch die Tatsachen seither erhärtet. Horthys Weißgardisten haben das Eisenbahnattentat inszeniert zu folgenden Zwecken:

1. Um bei der riesig anschwellenden Gärung der Arbeiter und Bauern in Ungarn von sich auf die Kommunisten abzulenken, zugleich die Verhängung des Standrechtes zu rechtfertigen, um mit dem Standrecht die rebellierenden Massen niederzuhalten.

2. Um die Vorbereitungen zur Restauration der Habsburger in Ungarn und die Unterstützung des faschistisch-monarchistischen Staatsstreiches in Oesterreich hinter dem Vorhang des Standrechtes verdeckt leichter durchführen zu können.

3. Um für sich als Vorkämpfer gegen den Bolschewismus Reklame zu machen und so schneller und leichter zu einer internationalen Anleihe zu kommen. Diese haben die Horthy und Co. dringend nötig, denn der Pengö ist im schnellen Rutschen.

---

## Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungsstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunngasse 41 und 62, Reumannhof, Hundsturmplatz, Domeshof.

# STEIERMARK

**Steirische Verwaltung der «Arbeiter-Stimme»:** Graz-Eggenberg, Georgigasse 46/I. Zuschriften an diese Adresse. Auskünfte, Entgegennahme von Artikeln erfolgt alle Dienstage, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommunekeller, Eggenberg, Rochelgasse 52.

## Verfolgung der Linksopposition

Am 21. September wurde Genosse Franz Krug von der Finanz weg verhaftet und mittels des «grünen Heinrich», zusammen mit Einbrechern und Zuhältern, in die Polizeidirektion eingeliefert. Die Behandlung, die ihm von den Polizisten des Herrn Stürzer zuteil wurde, war mehr als aufreizend. Einer drohte ihm die Zigarette mit dem Gummiknüttel aus dem Mund zu schlagen. Nach dem üblichen hochnotpeinlichen Verhör wurde er wieder auf freien Fuß gestellt, die in seinem Besitz befindlichen 48 Exemplare von Nr. 84 der «Arbeiterstimme» wurden beschlagnahmt, weil der Artikel «Nieder mit dem Faschismus» aufwieglerisch sei. Gleichzeitig wurde von der Gendarmerie bei den Genossen Kerschlintsch, Krug, Reimon und Kernmayr Hausdurchsuchungen nach den «gefährlichen» Nummern abgehalten. Doch wurde nichts gefunden.

## Weitzer Waggonfabrik

Die Betriebsleitung macht nichts halb. Sie versteht es mustergültig, gegen uns Proleten scharf zu machen. Die fünfminutige Waschzeit wurde von uns gehalten, trotz des Verbotes, wie früher. Doch die Betriebsleitung wußte sich zu helfen. Sie sperrt jetzt einfach die Waschräume vor uns zu!

Und die Sozialdemokratie will uns einreden, daß das alles nichts zu bedeuten habe. Ein Weitzer Prolet.

## Farbenfabrik Gösting

Daß die Zahlerei der Firma [illegible] 500 Schilling pro Monat beziehen, ist schleierhaft. Einmal im Monat schaut einer mal in die Schulklasse rein. Und Schluß ist der ganze Zauber. Vor einiger Zeit wurde ein Mädel plötzlich krank und der Vater fuhr mit dem Kind ins Landeskrankenhaus. Dort wurde ihm mitgeteilt, die Kleine könne nicht früher in Behandlung genommen werden, ehe nicht eine Bestätigung des Schularztes vorliege. Sofort fuhr der gehetzte Arbeiter nach Eggenberg retour, wo ihm der Schularzt, Herr Dr. Cusill, auf seine Bitte um das Attest erwiderte: «Hier in meiner Wohnung bin ich kein Schularzt!» Und der Prolet mußte, da er arbeitslos war, mit seinem kranken Kinde unverrichteter Dinge fortgehen . . .

haus bei der äußerst gesundheitsschädlichen Arbeit sehr schlecht ist, ist bekannt. Ein Arbeiter, der obdachlos geworden war, wandte sich an den Direktor um eine Wohnung, da in den Fabrikshäusern ohnedies 20 leer stehen. Der arbeiterfreundliche Herr schlug die Bitte mit folgenden Worten glatt ab: «Nicht zu machen! Sie werden sowieso bald entlassen!» Dabei hat der Prolet drei Kinder und wohnt samt seiner Familie in einer unbeheizbaren Hütte. — Ein Arbeiter wird entlassen. Er ersucht den Buchhalter um ein Zeugnis. Der brüllt ihn an: «Schon wieder so elendige Schreibereien! Unnütz das Geld hinauswerfen für die Stempel!»

Ein Farbenarbeiter.

# Eggenberger Gemeindeskandal

Auf Grund der Aufklärungskampagne, die die «Arbeiterstimme» gegen die Machinationen und Korruptionszustände in der Gemeinde führt, kommen uns täglich Zuschriften von Arbeitern zu. Wir bringen aus dem zahlreichen Material folgendes:

## Wohnungsamt

Viele Eggenberger Arbeiter sind wohnungslos. Die Tätigkeit des Wohnungsreferenten Brand ist noch in aller Erinnerung. Während die bedürftigen Eggenberger Proleten zurückgestellt wurden, selbst wenn sie zahlreiche Familie hatten, erhielten ledige Beamte (z. B. Baronigg oder Horwath) Wohnungen. Selbst von Graz wurden Leute hergezogen, wenn sie Protektion hatten (z. B. Friedl).

## Jugendamt

Im Reviere des Herrn Doppelverdieners Brandner herrschen auch ganz greuliche Zustände. Trotz seiner drei Fürsorgerinnen und des alljährlichen, 200 Seiten langen Tätigkeitsberichtes wird es hier nicht besser. Praktisch besteht die Jugendfürsorge wohl nur in den gelegentlichen Besuchen der Fürsorgerinnen. Ist ein Kind krank, so erhält man vom amtierenden Arzt der Mütterberatung höchstens die geistvolle Beratung: Geben Sie es ins Spital.

Für schwer erziehbare, durch die kapitalistische Gesellschaft und ihre Auswüchse oft moralisch angekränkelte Kinder und Jugendliche hat das Eggenberger sozialistische Jugendamt anscheinend nur eines: Arbeitshaus! Wir stellen uns in einem Jugendreferenten einer roten Gemeinde eine Persönlichkeit mit pädagogischem, psychologischem Verständnis vor, der auch kraft seiner Individualität und seiner marxistischen Weltanschauung imstande ist, ohne Zuchthaus oder Prügel mit der ihm anvertrauten Jugend fertig zu werden. Leider ist es bei uns damit noch sehr weit.

Für was die beiden Schulärzte jeder

## Soziale Fürsorge

Anstatt großzügige Abwehrmaßnahmen gegen das proletarische Elend zu treffen, versucht die Sozialdemokratie überall, die Not zu verkleistern und die Arbeiter durch völlig unzulängliche Maßnahmen zu «beruhigen». Aber nur zu oft zeigt sich unter der Larve dieser charitativen Hilfe ein anderes Gesicht. Am 18. September schleppte sich an Händen und Füßen der durch einen Unfall zum Krüppel gewordene Alois Reicht die Stufen zum Gemeindeamt hinauf. Es war ein unbeschreiblicher Anblick. Ein Mensch schleifte sich stöhnend wie ein Tier auf allen Vieren über den Schmutz der Stiegen und Gänge. Fast zur Gänze gelähmt an den Händen, die Füße total abgestorben. Er ist «Familienerhalter» einer sechsköpfigen Familie, von der alle arbeitslos sind, zwei davon sogar ausgesteuert. Für seinen Unfall erhält er keine Rente. Von der Gemeinde erhält er monatlich sage und schreibe zehn Schilling . . .

Wenn die ausgesteuerten Söhne zur Gemeinde kommen, werden sie abgelehnt mit den Worten: «Was wollen Sie? Wir unterstützen ja so den Vater!»

Am 17. September wollte die Frau Reicht eine Unterstützung, die ihr vom Sekretär Kral verweigert wurde. So schleppte sich der Krüppel vom 3. Stock von der Seidenhofgasse 32 in seinen Wagen, um sich selbst zum Gemeindegewaltigen zu begeben. Denn Kral hatte zur Frau gesagt: «Kommen Sie morgen!»

Als der Krüppel ins Zimmer kroch, war das dem Herrn Kral natürlich sehr peinlich. Trotzdem er aber am Vortage gesagt hatte, «kommen Sie morgen», verweigerte er wieder die Unterstützung und der Krüppel kroch unverrichteter Dinge von dannen.

So etwas nennt sich: sozialistische Gemeindeverwaltung.

## Der Schutzbund meutert

Am 22. September fand abends im großen Saal der Grazer Arbeiterkammer eine Schutzbundversammlung statt, zu der niemand ohne Legitimation Zutritt hatte. Der Bürgermeisterstellvertreter Rückl hielt das Hauptreferat, das sich natürlich gewaschen hatte. Unter anderm sagte er, «der Schutzbund ist keine Schutztruppe des Proletariats, sondern vor allem eine Parteigarde!». Zwei Schutzbündler, die entrüstet Zwischenrufe machten, wären über Weisung des Schutzbundkommandos hinausgeworfen worden, wenn sich die Schutzbündler nicht dazwischen geworfen hätten. Ein Waltendorfer Genosse wandte sich auf das schärfste gegen das Doppelverdienertum in der SP und dagegen, daß die Führer jede Diskussion der Arbeiter in der SP unmöglich machen. Zahllose Zurufe aus den Versammlungsteilnehmern machten Herrn Rückl ganz konfus. Ununterbrochen stammelte er sein «Genossen und Genossinnen», obschon keine einzige Genossin vorhanden war. Endlich erholte er sich, um zu erklären, «daß ein SP-Führer doch unmöglich mit 500 S per Monat leben könne, daß das auch niemand von ihm verlangen könne» usw.

Der Entrüstungssturm, der darauf einsetzte, spiegelte die Ansichten der Grazer Schutzbündler wieder.

Genossen; Schimpfen ist zu wenig! Ihr müßt handeln!

Ein linkskommunistischer Schutzbündler.

## Schikanen ohne Ende

**Täglich beschweren sich Dutzende Arbeitslose bei uns, daß sie trotz rechtzeitigen Ansuchens um Verlängerung der Unterstützung 14 Tage bis 3 Wochen warten müssen, obschon sie der Aufforderung im Arbeitslosenamte Folge geleistet hatten.**

**Warum, Herr Uranitsch, müssen die arbeitslosen Proleten wochenlang hungern, obgleich sie gesetzlich vollkommen im Rechte sind?! Wir können nicht glauben, daß hier allein die bekannte Schlamperei der IBK Schuld ist. Das schaut ganz aus nach planmäßigem Schikanieren der Arbeitslosen.**

## Zwei Urteile

Ein 16jähriger S. A. J.ler riß bei einer Rauferei mit einem Heimaschützler eine Zaunlatte los. Er bekam dafür fünf Tage!

Der Heimatschützler Schindelbacher überfiel einen 17jährigen Genossen mit noch zirka zwanzig anderen Kumpanen und schlug ihn so, daß der Junge acht Tage bettlägrig war. Die Untersuchung gegen den Faschisten wurde eingestellt!

# Aus der Opposition

**KP (Opposition Graz).**

Zellenabend: Mittwoch, 8 Uhr, bekanntes Lokal. Leiter: Gen. Leskovar.

**KP (Opposition Eggenberg).**

Funktionärschule gemeinsam mit Graz: Dienstag, 8 Uhr, Kommune. Leiter: Gen. Kernmayr.

Zellenabend: Freitag, 8 Uhr, Kommune. Leiter: Gen. Krug.

**Linkskommunistische Jugend.**

Zellenabend: Freitag, 8 Uhr, bekanntes Lokal. Leiter: Ernst.

**Sammellisten:** Für die Eggenberger Zelle: Krug 1.—, Harler 1.50, Huby Kerscheintsch 1.—, Ortner 1.—, Neger 1.—, Kernmayr 1.—, Reimon 1.—, Toni Wolf —.50, Hütter 1.—, Ernst Klassenbauer 1.—, Mina Heidinger 1.—, Florian Schwarz, 1.50, Emil Schwarz 1.—. Gesamtsumme: 13.50. — Für unsern kranken Max Schwarz: Krug —.50, Harler —.35, Kernmayr —.50, Hütter —.50. Gesamtsumme: 9.35.

## Zum Gewerkschaftskongreß

Die kapitalistischen Räuber machen unerhörte Raubzüge gegen die Arbeiter. Sie rationalisieren, intensivieren, senken die Löhne, steigern die Preise der Lebensmittel, werfen hundertausende von Arbeitern aufs Pflaster, stoßen die Arbeiter immer tiefer ins Elend, damit sie selbst, eine räuberische Klasse, oben bleiben.

Welche Aktion setzen die Gewerkschaften dem entgegen? Sie empfehlen den Arbeitern — durchzuhalten; sich ausplündern zu lassen. «Durchhalten! Es muß doch einmal besser werden!» Das ist die Losung, die der Oberführer Hueber gibt. Gewiß, die Weltwirtschaftskrise wird überwunden werden. Aber, ob auf Kosten der Arbeiter oder auf Kosten der Kapitalisten, das ist für die Arbeiter die entscheidende Frage, von der abhängt, ob Millionen Arbeiter überhaupt weiter leben können, oder den Weg in die Donau, zum Verbrechen, ins Elend gehen müssen. Wenn man den Arbeitern empfiehlt durchzuhalten und sonst nichts, dann empfiehlt man ihnen, ruhig zuzusehen, wie sich die Bourgeoisie auf Kosten der Massen saniert!

«Durchhalten!». Wird das nicht heute von denen gepredigt, die während des Weltkriegs Burgfrieden mit den Imperialisten geschlossen haben? Sind das nicht dieselben, die 1918 bis 1920 der Bourgeoisie um die Klippe der Revolution geholfen haben? Dieselben, die ihr den kapitalistischen Staatsapparat, den bürgerlichen Staat retten halfen? Die Arbeiter müssen sich erinnern, daß die, die immer mit den Kapitalisten, offen oder versteckt, gemeinsame Sache gemacht haben, diejenigen sind, die jetzt, da das Proletariat durch ihre Politik dorthin gebracht wurde, wo es heute ist, ihnen empfehlen, durchhalten, und sonst nichts.

Wenn man, wie die Sozialdemokratie, eine Politik macht, die ausgerichtet ist auf die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, auf die «Zusammenfassung aller Kräfte» zur Rettung der Republik, zur Rettung der «Wirtschaft», zur Rettung des «Volkes», eine Politik, deren oberstes Beispiel ist: Wie kommen wir in die Koalitionsregierung? — Dann kann man dem Arbeiter nichts anderes vorschlagen, als durchzuhalten, auf bessere Zeiten zu warten, auf die Einsicht der Bourgeoisie zu hoffen.

Auf demselben Kongreß sagte Janecek: «Die ganze Bourgeoisie ist sich einig im Haß gegen die Arbeiterklasse.» Das ist unbedingt richtig! Aber, ihr Herren, wenn ihr das wißt, warum arbeitet ihr dann mit dieser Bourgeoisie zusammen? Warum wollt ihr mit ihr zusammen in die Regierung?! Das wissen, was Janecek sagt und dennoch Koalitionspolitik treiben, ist bewußter Verrat am Proletariat.

Warum macht die Sozialdemokratie diese Politik? Weil die Führer schlecht sind? Weil sie dumm sind? Nein. Die Politik der Sozialdemokratie ist die bewußte Politik einer Klasse, die auf dem Boden des Privateigentums steht, die die Arbeiter aber als Vorspann braucht und mißbraucht, um sich der übermächtigen Konkurrenz der Großbourgeoisie erwehren zu können. Es ist die Politik des Kleinbürgertums, seines fortgeschrittensten Teiles, und einer Arbeiteraristokratie, die man, vermöge ihrer erhöhten kleinbürgerlichen Lebenshaltung, sich ebenfalls als Kleinbürger bezeichnen kann. Die Sozialdemokratie ist keine Arbeiterpartei, sondern eine kleinbürgerliche, eine «Volks»-partei.

Was müssen also die Arbeiter jetzt machen? Das, was jede Klasse gemacht hat: sich ihre Partei schaffen, die proletarische Klassenpartei! Diese Partei ist vorhanden. Es ist die Kommunistische Partei. Aber die Kommunistische Partei ist in schlechten Händen. Sie macht eine falsche Politik. Die Kapitalisten setzen den Arbeitern den Dolch an die Kehle, die Kapitalisten plündern die Arbeiter aus bis aufs Hemd, die Sozialdemokratie macht dabei die Mauer, hilft mit und — die Arbeiter folgen dennoch beinahe zur Gänze der verräterischen Sozialdemokratie. Das ist der untrüglichste Beweis für das Versagen der Politik der KP. Die Arbeiter müssen also die Kommunistische Partei die gut ist, zwingen, ihre Politik, die schlecht ist, zu ändern. Die Arbeiter müssen helfen, die Kommunistische Partei zu gesunden, damit das Proletariat unter ihrer Führung wieder vorwärts marschiere. Los von den Durchhaltepolitikern — her zum Kampf für die Gesundung der Kommunistischen Partei!

## Warum hilft der Sozialismus nicht

Darauf gibt die «Arbeiter-Zeitung» (16. September) zur Antwort: Weil es dem Kapitalismus an einem gesamtwirtschaftlichen Organ fehle. Schafft an der Stelle der vielen Einzelkapitalisten einen organisierten Gesamtkapitalisten und die Krise wird — nach der «Arbeiter-Zeitung» — überwunden. Das beweist wieder, daß die Sozialdemokratie, was wir schon vor langen Jahren feststellten, den gesamtkapitalistischen Standpunkt vertritt und diesen den Arbeitern als «Sozialismus» vorschwindelt. In Wirklichkeit wurzelt die Krise in der kapitalistischen Anwendung der Produktionsmittel. Dadurch, daß an die Stelle der Einzelkapitalisten die organisierte Kapitalistenklasse tritt, wird an der kapitalistischen Anwendung der Produktionsmittel, an der Produktion für den Profit der Kapitalistenklasse, wirtschaftlich nichts geändert. Der Kapitalistenklasse die Produktionsmittel entreißen, sie der Arbeiterklasse übergeben, die darüber durch ihren Staat, durch den proletarischen Staat verfügt, das allein führt zur Ueberwindung der Krise durch den Aufbau des Sozialismus. Das aber zu verwirklichen, vermag nur die proletarische Revolution durch Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

## Stalins „Sozialismus"

Nach einer Moskauer Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 21. September wurde durch ein neues Dekret den Unternehmern gestattet, unter Vermeidung des Arbeitsnachweises Arbeiter unmittelbar einzustellen. Man hoffe auf diese Weise dem wachsenden Arbeitmangel in gewissem Umfang abhelfen zu können. Das Kapitalistenblatt fügt bezeichnenderweise hinzu: «Das Dekret wird von der früheren «Bourgeoisie» begrüßt, die bei den früheren Arbeitsnachweisen benachteiligt wurde, und sie hofft, jetzt wieder einen Broterwerb zu finden» . . .

# Stalins Rolle in der Februar-Revolution *)

Am 14. März wurde das Manifest «An die Völker der ganzen Welt», das die Februarrevolution im Interesse der Entente deutete und den Triumph des neuen, republikanischen Sozialpatriotismus französischer Marke darstellte, im Sowjet einstimmig (also mit Zustimmung der Stalin und Co. Die Red.) angenommen. Das war zweifellos ein Sieg Kamenew-Stalin, der offensichtlich ohne großen Kampf erreicht worden war. Die «Prawda» schrieb darüber als von einem bewußten «Kompromiß zwischen den verschiedenen im Sowjet vertretenen Strömungen». Es hätte nur hinzugefügt werden müssen, daß das Kompromiß einen

**offenen Bruch mit der Strömung Lenins**

bedeutete, die im Sowjet überhaupt nicht vertreten war.

Das Mitglied der ausländischen Redaktion des Zentralorgans, Kamenew, das Mitglied des Zentralkomitees, Stalin, und der Dumadeputierte Muranow, ebenfalls aus Sibirien zurückgekehrt, schoben die alte, «linke» Redaktion der «Prawda» beiseite und nahmen auf ihre problematischen Rechte gestützt, am 15. März die Zeitung in ihre Hände. Im Programmartikel der neuen Redaktion wurde verkündet, die Bolschewiki würden die

**Provisorische Regierung,**

(das war eine bürgerliche Regierung! Die Red.),

**entschieden unterstützen,**

«insofern sie gegen Reaktion und Konterrevolution kämpft» In der Frage des Krieges sprachen sich die neuen Leiter nicht weniger kategorisch aus: solange die deutsche Armee ihrem Kaiser gehorcht, müßte der russische Soldat «fest auf seinem Posten stehen, Kugel mit Kugel und Geschoß mit Geschoß beantworten». «Nicht das inhaltslose «Nieder mit dem Krieg» ist unsere Losung. Unsere Losung ist — der Druck auf die provisorische Regierung mit dem Ziele, sie zu zwingen ... mit einem Versuch hervorzutreten, alle kämpfenden Länder zur sofortigen Aufnahme von Friedensverhandlungen zu bewegen ... Bis dahin bleibt aber jeder auf seinem Kampfposten!» Idee wie Formulierung sind durch und durch im Geiste der

**Landesverteidigung.**

Das Programm des Druckes auf die imperialistische Regierung mit dem Ziele, diese zur friedlichen Handlungsweise «zu bewegen», war das

**Programm Kautskys**

in Deutschland, Jean Longuets in Frankreich, MacDonalds in England, keinesfalls aber das Programm Lenins, der zur Niederwerfung der imperialistischen Herrschaft aufrief. In ihrer Verteidigung vor der patriotischen Presse ging die «Prawda» noch weiter: «jeglicher Defaitismus», schrieb sie, «oder richtiger das, was die nicht sehr wählerische Presse unter dem Schutze der zaristischen Zensur mit diesem Namen brandmarkte, starb in dem Augenblick, als in den Straßen Petrograds das erste revolutionäre Regiment erschien». Das war eine direkte

**Abgrenzung gegen Lenin.**

Der «Defaitismus» war keinesfalls eine Erfindung der feindlichen Presse unter dem Schutze der Zensur, er wurde von Lenin mit der Formel gegeben: «Die Niederlage Rußlands ist das kleinere Uebel». Das Erscheinen des ersten revolutionären Regiments und sogar der Sturz der Monarchie änderte an dem imperialistischen Charakter des Krieges nichts.» Der Tag des Erscheinens der ersten Nummer der umgestalteten «Prawda» — der 15. März —», erzählt Schljapnikow, «war ein Triumphtag für die Landesverteidiger. Das ganze Taurische Palais, von den Geschäftemachern des Komitees der Reichsduma bis zum Herzen der revolutionären Demokratie — dem Exekutivkomitee —, waren von der einen Neuigkeit erfüllt: dem Siege der gemäßigten, vernünftigen (Kamenew-Stalin! Die Red.) Bolschewiki über die Extremen. Im Exekutivkomitee selbst empfing man uns mit giftigem Lächeln ... Als diese Nummer der «Prawda» in die Fabriken gelangte, rief sie unter den Mitgliedern unserer Partei und den mit ihr Sympathisierenden tiefes Erstaunen hervor und höhnende Freude bei den Gegnern ... Die Empörung in den Bezirken war groß und als die Proletarier erfuhren, daß die «Prawda» von drei aus Sibirien angekommenen früheren Leitern des Blattes eigenmächtig übernommen worden sei, verlangten sie deren

**Ausschluß aus der Partei.»**

Die «Prawda» war bald gezwungen, einen scharfen Protest der Wyborger abzudrucken: «Wenn sie (die Zeitung) nicht das Vertrauen der Arbeiter verlieren will, so muß und wird sie das Licht des revolutionären Bewußtseins tragen, so grell es den bürgerlichen Eulen auch sein mag», Proteste von unten veranlaßten die Redaktion, etwas vorsichtiger in den Ausdrücken zu sein, nicht aber die Politik zu ändern. Sogar Lenins erster Artikel, der inzwischen aus dem Auslande angekommen war, berührte das Bewußtsein der Redaktion nicht. Der Kurs ging auf der ganzen Linie nach rechts. «In unserer Agitation», erzählt Dingelstedt, ein Vertreter des linken Flügels, «mußten wir dem Prinzip der Doppelherrschaft Rechnung tragen .. und die Unvermeidlichkeit dieses Umweges jener Arbeiter- und Soldatenmasse nachzuweisen suchen, die während eines halben Monates intensiven politischen Lebens in einem ganz anderen Begriff ihrer Aufgaben erzogen worden war.»

Die Politik der Partei im ganzen Lande glich sich naturgemäß der «Prawda» an. In vielen Sowjets wurden jetzt Resolutionen über grundlegende Fragen einstimmig angenommen: die Bolschewiki beugten sich einfach der Sowjetmehrheit. (Den Menschewiken! Die Red.) Auf der Sowjetkonferenz des Moskauer Bezirkes schlossen sich die Bolschewiki der Resolution der Sozialpatrioten über den Krieg an. Schließlich stimmten die Bolschewiki auf der Allrussischen Konferenz der Vertreter von zweiundachtzig Sowjets in Petrograd, Ende März und Anfang April, für die offizielle, von Dan befürwortete Resolution über die Macht. Diese merkwürdige

**politische Annäherung an die Menschewiki**

lag im Wesen der breit herausgebildeten Vereinigungstendenzen, in der Provinz vereinigten sich Bolschewiki und Menschewiki in gemeinsamen Organisationen. Die

**Fraktion Kamenew-Stalin**

verwandelte sich immer mehr in die linke Flanke der sogenannten revolutionären Demokratie und schloß sich der Mechanik des parlamentarischen Hinter-den-Kulissen-«Drucks» auf die Bourgeoisie an, diesen durch einen Druck hinter den Kulissen auf die Demokratie ergänzend.

Der ausländische Teil des Zentralkomitees und die Redaktion des Zentralorgans «Sozialdemokrat» bildeten das geistige Zentrum der Partei.

**Lenin,**

mit Sinowjew als Helfer, trug die ganze leitende Arbeit. Äußerst verantwortliche Schreiben erhielt Lenins Frau, Krupskaja. In der praktischen Arbeit stützte sich dieses kleine Zentrum auf die Hilfe einiger Dutzend zu den Bolschewiki gehörenden Emigranten. Die Abgetrenntheit von Rußland wurde im Kriege um so unerträglicher, je enger die Militärpolizei der Entente ihre Kreise zog. Der Ausbruch der Revolution, den man lange und gespannt erwartet hatte, kam überraschend. England lehnte kategorisch die Durchlassung der Emigranten-Internationalisten, über die sie sorgfältigst Listen führte, nach Rußland ab. Lenin raste im Züricher Käfig, nach einem Ausweg suchend. Unter Hunderten von Plänen, die einander ablösten, gab es auch den, auf den Pab eines Taubstummen Skandinaviers zu reisen. Gleichzeitig läßt Lenin keine Gelegenheit vorübergehen, seine Stimme aus der Schweiz hören zu lassen. Schon am 6. März telegraphierte er über Stockholm nach Petrograd: «Unsere Taktik: restloses Mißtrauen, keinerlei Unterstützung der neuen Regierung (Stalin hat dennoch die — bürgerliche — Regierung unterstützt! Die Red.); Kerenski mißtrauen wir besonders; Bewaffnung des Proletariats die einzige Garantie: unverzüglich Wahlen in die Petrograder Duma; keine Annäherung an andere Parteien» (Stalin hat dennoch sogar die organisatorische Einigung mit den Menschewiken verwirklichen wollen! Die Red.). Bloß die Erwähnung der Wahlen für die Duma, statt für den Sowjet, hat in dieser ersten Direktive episodischen Charakter und kam bald in Wegfall: die übrigen Punkte, mit telegraphischer Bestimmtheit ausgedrückt, geben schon vollständig die allgemeine Richtung der Politik wieder. Gleichzeitig beginnt Lenin an die «Prawda» seine «Briefe aus der Ferne» zu senden, die, auf Bruchteile ausländischer Informationen gestützt, eine fertige Analyse der revolutionären Situation enthalten. Die Nachrichten der ausländischen Presse ermöglichen ihm bald den Schluß, daß die Provisorische Regierung unter direkter Beihilfe nicht nur Kerenskis sondern auch Tscheidses die Arbeiter mit Erfolg betrügt, indem sie den imperialistischen Krieg für einen Landesverteidigungskrieg ausgibt. Am 17. März schickt Lenin durch Vermittlung der Freunde in Stockholm einen von Sorge erfüllten Brief. «Unsere Partei würde sich für ewig mit Schande bedecken, politisch umbringen, wenn sie auf einen solchen Betrug einginge ... Ich werde sogar einen

**sofortigen Bruch, mit wem auch immer aus unserer Partei vorziehen, als dem Sozialpatriotismus nachgeben ...»**

Nach diesem dem Anschein nach unpersönlichen, jedoch auf bestimmte Personen (auf die schwankenden Gestalten Kamenew und Stalin! Die Red.) berechneten Drohung beschwört Lenin: «Kamenew muß begreifen, daß auf ihm welthistorische Verantwortung ruht». Kamenew wird deshalb genannt, weil es sich um prinzipielle Fragen der Politik handelt. Würde Lenin die praktische Kampfaufgabe meinen, er würde eher an Stalin denken. Doch gerade in jenen Stunden, als Lenin bestrebt war, durch das rauchende Europa hindurch die Spannkraft seines Willens nach Petrograd zu leiten,

**schwenkte Kamenew unter Mitwirkung Stalins schroff in die Richtung zum Sozialpatriotismus ab.**

(Fortsetzung folgt.)

*) Aus Trotzkis Buch über die Februarrevolution.

## Arbeiterkulturbund „Spartakus"

Sitz: XVI., Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. U 30-6-58.
Jeden Freitag von ½8 bis 10 Uhr abends.

**Bildungskurs:** Beginn Montag, den 5. Oktober, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße Nr. 46, abends ½8 Uhr, sodann an jedem zweiten Montag im selben Lokal.

**11. Oktober:** Zusammenkunft ½10 Uhr Hütteldorf, Partie nach Sophienalpe; Nachmittagstreffpunkt 3 Uhr Rieglerhütte im Haltertal.

**18. Oktober:** Treffpunkt 3 Uhr nachmittags Rohrerhütte (kürzester Weg von Neuwaldegg aus).

## Trotzki-Broschüren

**Die spanische Revolution und die ihr drohenden Gefahren. 30 g.**

**Die Probleme Sowjetrußlands. 40 g.**

**Wer leitet heute die Komintern? Das Testament Lenins. S 1.30.**

**Geschichte der russischen Revolution. 1. Band: Februarrevolution. 460 Seiten. Preis S 10.20, broschiert.**

**Liebknecht Karl: Politischer Nachlaß, broschiert S 3.50.**

**Gegen den Nationalkommunismus (Lehren des «roten» Volksentscheids) — Ueber Arbeiterkontrolle der Produktion. Preis 30 g.**

**Zu beziehen vom Verlag «Arbeiter-Stimme».**

## Hamburger Wahlen

Bei der Wahl in Hamburg gewann die KPD 33.000 Stimmen, die SPD verlor 26.000. Es vermochte also die KPD mehr als den Stimmenverlust der SPD an sich zu ziehen. Ein sehr erfreuliches Ergebnis. Freilich gewannen die Nationalsozialisten noch mehr, nämlich 58.000 Stimmen. Dies jedoch durchaus auf Kosten der Volkspartei, der Deutschnationalen und der Staatspartei. Darin eine Schwächung des Faschismus zu sehen, wie es die «Rote Fahne» tut, ist allerdings zweifellos falsch.

Auch bei den Gemeindewahlen in der Tschechoslowakei verzeichnete die KPC eine gewisse Stimmenzunahme. Die deutsche und tschechische Sozialdemokratie hat ihre Stimmenzahl im großen und ganzen behauptet.

Es wäre grundfalsch, darin ein Zeichen zu sehen, daß die Massen beginnen, für die Stalinpolitik zu sein oder gar, daß die Stalinpolitik richtig sei. Die nüchterne Wahrheit ist diese: Der Verrat der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse ist so gigantisch, so offenkundig, daß viele sozialdemokratische Arbeiter das zu merken beginnen und dem in der Weise Ausdruck geben, daß sie für die KP bei parlamentarischen Wahlen, selbst bei Betriebsratswahlen stimmen, da und dort der Partei sogar beitreten.

Solche Zuwachswellen haben die kommunistischen Parteien im Laufe der Jahre unter Sinowjew, Bucharin, Stalin wiederholt mitgemacht. Das Ergebnis war immer dieses: Nach einer gewissen, nicht gar langen Zeit haben die neu hinzugekommenen Arbeiter von der Stalinpolitik, von der Stalinwirtschaft so die Nase voll, daß sie der Partei zum Großteil wieder den Rücken kehren und zumeist der vollkommenen Passivität verfallen.

Wer glaubt, daß das jetzt anders sein wird, den wird Mister Stalin bald eines Besseren belehren. Der Stalinismus hat die kommunistischen Parteien zu einem Durchhaus gemacht und er sorgt dafür, daß dieser Durchhauscharakter der kommunistischen Parteien erhalten bleibt. Erst die Gesundung der kommunistischen Parteien von der Stalinseuche wird sie zum dauernden Sammelpunkt der klassenbewußten Arbeiter machen.

## „Schmerzlos"

Die «Stunde» schrieb am 23. September über die Entstehung der Heimwehr im Jahre 1919: «Die Regierung (Renner-Eldersch-Deutsch-Bauer) verursachte dieser Species Heimwehr auch keine Verlegenheit. Im Gegenteil, sie begünstigte auf Hintertreppen ihre Ausbreitung, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft sich in dem einem übermäßigen Freiheitsrausch folgenden Katzenjammer verblute.»

Die «schmerzlose Umwälzung» 1918/19 ist der größte Stolz der österreichischen Sozialdemokratie. Sie ließ den kapitalistischen Staatsapparat unberührt und begünstigte die Entstehung der Heimwehren und entwaffnete die Arbeiter. Dem verdanken wir die faschistische Ermordung so vieler Arbeiter, die heutige Lage der österreichischen Arbeiterklasse und auch den Faschistenputsch.

# STEIERMARK

## Arbeitslosigkeit „geht zurück"

Ein Sechzehnzähriger, der von der Grazer J. B. K. ausgesteuert wurde, hat sich vor Gösting unter den Expreß geworfen.

Auf rollenden Rädern
saußt in toller Raserei
der Orientexpreß, dem Süden zu. —
Monokel'nde Sportvisagen,
Schöne Mondäne,
à la Journal amüsant —
reckeln sich gelangweilt
in den Plüschfauteuils der ersten Wagenklassen.
Das Gespräch
schleicht schleppend
über gefärbte Lippen,
stockt beim Generaldirektor,
der von Ersparungsmaßnahmen faselt.
Etwas Sattes, unsäglich Vollgefressenes
liegt über den Coupés...
Vorne, an der Maschine
umsprüht vom purpurnen Funkenregen,
lodernden Flammen,
neben dem schwitzenden Heizer
stiert der Führer in die Finsternis.
Da peitscht ein Schrei durch die Nacht —
Der Hebel schnellt unter verzweifelten Männergriff herum ...
Achsen kreischen —
Das fauchende Ungetüm knirscht wütend auf
und steht erschreckt stumm.
Ein blutiger Klumpen wird aus den Rädern gezerrt —
Es meldet der Schaffner: Einfahrt versperrt!
Vorschrift ist:
Die Herrschaft ist weder zu wecken
noch zu erschrecken!
Der Generaldirektor spricht
von Rationalisierung
und Arbeitsintensivierung...
Der Zug brüllt auf und po'tert weiter —
Gerade fand der amtierende Gendarm
einen Brief beim Toten
in dem, nebst obligaten Grüßen
ein Satz steht, kurz und schlicht:
Ich ertrag länger das Hungern nicht!

E. Knud.

## Den Arbeiter bei der Gurgel gepackt und hinausgeworfen — weil er seinen Lohn verlangt!

Wenn ein Arbeiter von Jugoslawien oder sonst wo kommt, um Arbeit zu suchen, wird er über die Grenze geschoben. Aber für Arbeiter und Unternehmer gilt zweierlei Maß. Die Antonia Marko aus SHS bekam als Ausländerin das Recht, das Gärtnereigewerbe zu betreiben. Sie versucht nun in ihrem Betrieb, in Eggenberg, Georgigasse 46, die Methoden der serbischen Siguranza gegen ihre Arbeiter anzuwenden.

Ihrem Gärtnerburschen zahlte sie, sage und schreibe 40 Schilling pro Monat. Infolge der elenden Bezahlung unmenschlicher Behandlung und schlechter Verköstigung bekam der Arbeiter mit der «Chefin» Differenzen, wobei diese von dem zweiten Gärtner, Dlouhi, getreulich unterstützt wurde. Dieses hervorragende Muster an «Kameradschaft» drohte seinem Arbeitsgenossen mit der Polizei, als dieser empört sich gegen die Behandlung äußerte. Am 3. September schließlich, als es wieder zu einer Auseinandersetzung kam und der Gehilfe ruhig seinen rückständigen Lohn verlangte, warf die Marko ihren Arbeiter, der den ganzen Tag für sie geschunden hatte, Kopf übers Loch hinaus, ohne ihm ein Nachtmahl zu geben. Ebenso verweigerte sie ihm den Unterstand für die Nacht.

Als er am nächsten Tag nochmals um sein Geld kam, packte sie ihn eigenhändig bei der Kehle und warf ihn aus dem Zimmer, gleichzeitig versuchte sie mit den Worten: «Verschwindens sonst schlag' ich sie nieder!», ihm einen Sessel hinaufzuschlagen.

Der Fall wurde von uns einstweilen an die Gewerkschaft weitergeleitet.

Der Frau Marko wird die Eggenberger Arbeiterschaft aber beweisen, daß in Eggenberg vorläufig noch andere Umgangsformen herrschen wie auf dem Balkan.

# Spendet Pressefonds!

## Aus der Opposition

**Zentraler Diskussionsabend:** Beginn Montag, den 5. Oktober, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, abends ½8 Uhr, sodann an jedem zweiten Montag im selben Lokal.

**Bezirksorganisation Ottakring.** Jeden Freitag Gruppenabend im Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47, Beginn ½8 Uhr.

**Preßfond:** XX: 6 S.

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stiptschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27.
Druck: «Inva», Wien, VII.